

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 41. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 21. September 2017

### 1. Abgeordnete

**Thomas Wansch und  
Dr. Anna Köbberling  
(SPD)**

### Verbesserungen bei der Wohneigentumsförderung

Am 8. September 2017 hat sich das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen Rheinland-Pfalz zu seinem vierten Treffen zusammengefunden. Finanz- und Bauministerin Doris Ahnen hat im Anschluss daran gemeinsam mit den Partnern des Bündnisses die Ergebnisse des Treffens der Öffentlichkeit vorgestellt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Verbesserungen für bezahlbares Wohneigentum wurden anlässlich der vierten Sitzung des Bündnisses durch Staatsministerin Ahnen bekanntgegeben?
2. Wie stellen sich die neuen Förderkonditionen des Programms „Wohnen in Orts- und Stadtkernen“ dar?
3. Wie entwickeln sich die Maßnahmen, die im Bereich der Mietwohnraumförderung und der Förderung der Modernisierung von selbst genutztem Wohnraum zum Jahresbeginn durch die Landesregierung verändert wurden?
4. Was sind die allgemeinen Ziele, die die Landesregierung mit den Bündnispartnern gemeinsam verfolgt?

### 2. Abgeordnete

**Anke Beilstein und  
Guido Ernst (CDU)**

### Zukunft kleiner Grundschulen

In der Anhörung des Bildungsausschusses am 12. September 2017 hat der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN benannte Anzuhörende Wolf Krämer-Mandau festgehalten, dass 43 Prozent der rheinland-pfälzischen Grundschulen die gesetzliche Mindestgröße nicht erreichen bzw. in der Gefahr stehen, sie zukünftig nicht mehr zu erreichen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Einschätzung von Herrn Krämer-Mandau?
2. Plant die Landesregierung eine Schulgesetzänderung, um den kleinen rheinland-pfälzischen Grundschulen dauerhaft eine Perspektive zu bieten?
3. Teilt die Landesregierung die in der Anhörung vorgestellten strukturellen Lösungswege von Herrn Krämer-Mandau, Herrn Gremm vom bayrischen Kultusministerium oder von Herrn Bold vom VBE?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Möglichkeit, die Lehrerstundenzuweisung um einen Demografiefaktor nach bayrischem Vorbild zu ergänzen, um kleinen Grundschulen mehr Handlungsspielraum zu ermöglichen?

**3. Abgeordneter  
Joachim Paul (AfD)****Tagung zu Rechtspopulismus in der Kita**

Am 31. August 2017 fand im RheinMoselCampus in Koblenz eine Fachtagung zum Thema „Rechtspopulismus in der Kita“ statt. Die Veranstaltung, die in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium stattfand, richtet sich an Fach- und Führungskräfte in Kindertagesstätten, Fachberatungen und Trägervertretungen.

In den Medien wurden Verantwortliche zitiert, die von in Kitas betreuten Kindern berichten, die in der Kita „Hakenkreuze“ zeichnen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Mit welcher Summe hat das Land Rheinland-Pfalz die Koblenzer Fachtagung zum Thema „Rechtspopulismus in der Kita“ unterstützt?
2. Wie viele Fälle, in denen Kinder Hakenkreuze zeichneten, sind in Rheinland-Pfalz bislang dokumentiert worden (bitte auflisten nach Jahr und Kita)?
3. In wie vielen Fällen wurden die Eltern über diese Vorfälle unterrichtet?
4. Teilt die Landesregierung die Auffassung von Prof. Bundschuh, das Werk der Jugendliteratur „Pippi Langstrumpf“ von Astrid Lindgren sei „rassistisch“?

**4. Abgeordnete  
Steven Wink und  
Marco Weber (FDP)****Gründungsallianz für Rheinland-Pfalz**

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bestmögliche Rahmenbedingungen für gründungswillige Menschen zu schaffen. Zu diesem Ziel hat das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit den Kammern, Verbänden, Banken und Gründerlehrstühlen der Hochschulen eine Gründungsallianz für Rheinland-Pfalz ins Leben gerufen. Die Gründung der Allianz liegt nun ein Jahr zurück. Am 22. und am 30. August 2017 haben im Rahmen der Gründungsallianz unter Federführung des Wirtschaftsministeriums ein GründerTreff bzw. Wirtschaftsförderer-Treffen stattgefunden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Veranstaltungen, in welchen Formaten wurden im Rahmen der Gründungsallianz durchgeführt?
2. Wie wird in diesem Zusammenhang die Verfügbarkeit von Wagniskapital beurteilt?
3. Mit welchen Angeboten gewährt das Land Rheinland-Pfalz Unterstützung für Gründerinnen und Gründer in Form von Risikokapital?
4. Wie wird sich die weitere Arbeit der Gründungsallianz gestalten?

## 5. Abgeordneter

Andreas Hartenfels

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Klimaschutz: Handeln und Umsetzen – Wo steht Deutschland im internationalen Klimaschutz**

Die Veranstaltungsreihe „Mittwochs im MUEEF“ hatte am 6. September 2017 das Thema Klimaschutz auf ihrer Agenda. Unter anderem stellte Prof. Dr. Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik vor. Seinen Berechnungen nach würde die Erderwärmung um ganze 3 bis 3,5° C zunehmen, wenn die Nationalstaaten ihre aktuell vorgelegten Klimaschutzpläne auf der Grundlage des Pariser Klimaschutzabkommens nicht massiv nachbessern, Deutschland mit eingeschlossen. Klimakatastrophen wie die aktuellen Tropenstürme seien unmittelbare Folge aus der Situation.

Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren einige Rahmenbedingungen geschaffen, um das Klima zu schützen. Das Klimaschutzgesetz von 2014 gibt uns verbindliche CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele vor. Das darauf aufbauende Klimaschutzkonzept beinhaltet einen Katalog von Maßnahmen in den einzelnen Kompetenzbereichen des Landes.

Die letzten Jahre waren zudem Rekordjahre für die erneuerbaren Energien in Rheinland-Pfalz. Mit einem Anteil von etwa 47 Prozent an der Bruttostromerzeugung im Jahr 2016 konnte die Landesregierung die Stromgewinnung aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse als eine wichtige Säule der Energieversorgung im Land etablieren.

Es wird auf die Weltklimakonferenz im November in Bonn ankommen, um die Details zur Umsetzung des Pariser Abkommens von 2015 deutlich nachzubessern.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den derzeitigen Stand der weltweiten Klimaschutzbemühungen seit dem Pariser Klimaschutzabkommen von Paris im Jahr 2015 und der Weltklimakonferenz im Jahr 2016 in Marrakesch (COP22) im Hinblick auf Rheinland-Pfalz?
2. Wie haben sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland und Rheinland-Pfalz sowie – nach Kenntnis der Landesregierung – in der EU, in den USA und in China entwickelt?
3. Wird die Bundesrepublik unter den aktuellen Voraussetzungen das selbstgesteckte Ziel der Bundesregierung, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren, erreichen und falls nein, welche Maßnahmen wären aus Sicht der Landesregierung in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus nötig?
4. Mit welchen Folgen wäre für Rheinland-Pfalz zu rechnen, wenn den aktuellen Klimaschutzbemühungen der Weltgemeinschaft keine weiteren Maßnahmen folgen und die Temperatur infolgedessen in Rheinland-Pfalz um mehr als weitere 2° C ansteigen würde?

## 6. Abgeordneter

Matthias Lammert (CDU)

**Forderung des SPD-Kanzlerkandidaten nach verstärktem Einsatz der kommunalen Ordnungsämter zur Entlastung der Polizei**

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die im Fernsehduell mit der Bundeskanzlerin geäußerte Auffassung des SPD-Kanzlerkandidaten, dass die kommunalen Ordnungsämter verstärkt polizeiliche Aufgaben, etwa bei der Unfallaufnahme, zur Entlastung der Polizei übernehmen sollten?
2. Welche Aufgaben sollten dies aus Sicht der Landesregierung ggf. konkret sein?
3. Welche Kosten würden durch eine entsprechende Aufgabenverlagerung für die Kommunen entstehen?
4. Wäre nach Einschätzung der Landesregierung eine solche Aufgabenverlagerung beim gegenwärtigen Personalstand der kommunalen Ordnungsämter von diesen leistbar?

**7. Abgeordnete****Alexander Schweitzer und  
Martin Haller (SPD)****Erneuter Kerosin-Notablass in großen Mengen über der Pfalz**

Erneut wurde ein Fall bekannt, bei dem große Mengen an Kerosin über dem Großraum Pfalz abgelassen wurden. Insgesamt 75 Tonnen Treibstoff musste eine Boeing 747 am 8. September 2017 auf dem Weg von Frankfurt nach Orlando ablassen, um aufgrund eines Fahrwerkproblems umzudrehen und in Frankfurt wieder sicher landen zu können.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung hinsichtlich des erneut aufgetretenen Falls von Kerosinablass in großen Mengen über dem Großraum Pfalz vor?
2. Wurde die Landesregierung von der Deutschen Flugsicherung über das Ereignis informiert?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, auf mehr Transparenz im Umgang mit den meldepflichtigen Ereignissen des Kerosin-Notablasses hinzuwirken?

**8. Abgeordneter****Dr. Timo Böhme (AfD)****Zugang zu, Barrierefreiheit von und Teilhabe bei der Nutzung von Medien**

Der Zugang zu Medien ist ein zentraler Bestandteil der Lebensgestaltung. Insbesondere der Zugang zum Internet, etwa zur Anbahnung, zum Abschluss und zur Abwicklung von Verträgen und zur Erfüllung öffentlich-rechtlicher Pflichten, gewinnt hier stetig an Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen, technischer oder finanzieller Art, bestehen derzeit in Rheinland-Pfalz oder sind beabsichtigt, um schwerbehinderten Menschen einen Zugang zum Internet zu ermöglichen?
2. Welche Maßnahmen bestehen derzeit in Rheinland-Pfalz oder sind beabsichtigt, um Empfängern von ALG II oder Grundsicherung einen Zugang zum Internet zu ermöglichen?
3. Welche Maßnahmen bestehen derzeit in Rheinland-Pfalz oder sind beabsichtigt, um Menschen mit geringem Einkommen, wie etwa Empfängern einer Erwerbsunfähigkeitsrente, einen Zugang zum Internet zu ermöglichen?

**9. Abgeordnete****Thomas Roth und  
Monika Becker (FDP)****Landesgartenschau in Bad Neuenahr-Ahrweiler**

Am 20. September 2016 hat die Landesregierung bekannt gegeben, dass die Landesgartenschau im Jahr 2022 in Bad Neuenahr-Ahrweiler stattfinden soll. Ein Jahr nach der Bekanntgabe des Standorts herrscht in der Stadt und im Landkreis Ahrweiler großer Optimismus hinsichtlich positiver wirtschaftlicher Effekte, die durch die Ausrichtung der Landesgartenschau 2022 erwartet werden. Der Presseberichterstattung ist zu entnehmen, dass Staatssekretär Andy Becht das Gelände der Landesgartenschau 2022 im vergangenen August zu Informationszwecken besucht hat.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Auf welchen Sektoren erwartet die Landesregierung besonders positive Effekte durch die Ausrichtung der Landesgartenschau in Bad Neuenahr-Ahrweiler?
2. Wie beurteilt die Landesregierung grundsätzlich die Ausrichtung von Landesgartenschauen?
3. Welche Fördermittel des Landes erhält die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler zur Ausrichtung der Landesgartenschau und wie ist der Stand der Bearbeitung im Jahr nach der Erteilung des Zuschlags?
4. Plant die Landesregierung eine Fortführung des Projektes „Landesgartenschau“ nach 2022?

**10. Abgeordnete**

**Andreas Hartenfels und  
Jutta Blatzheim-Roegler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**„Fuel Dumping“: Kerosinablass über Rheinland-Pfalz**

In den letzten Wochen wurde erneut Treibstoff über Rheinland-Pfalz abgelassen, da ein Flugzeug kurz nach dem Start zurück zum Frankfurter Flughafen fliegen musste. Damit die Maschine gefahrlos laden kann, ließen die Piloten 75 Tonnen Kerosin ab.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Informationen hat die Landesregierung über das Ablassen von Kerosin in den vergangenen zwei Jahren (bitte Details angeben)?
2. Wer entscheidet im Notfall über das Ablassen von Kerosin?
3. Nach welchen Kriterien wird festgelegt, über welchen Gebieten Treibstoff abgelassen wird?
4. Was hat die Landesregierung unternommen, um eine Gefährdung für Mensch und Umwelt zu minimieren?

**11. Abgeordnete**

**Adolf Kessel und  
Thomas Weiner (CDU)**

**Wohnsitzauflage für anerkannte Asylbewerber/Warnung des Kanzlerkandidaten der SPD vor sozialen Spannungen bei einer unausgewogenen Verteilung von Flüchtlingen**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie war das Abstimmungsverhalten der Landesregierung beim Integrationsgesetz des Bundes im Bundesrat, mit dem den Ländern die Möglichkeit gegeben wird, auch anerkannten Asylbewerbern, die keine Arbeit oder keinen Ausbildungsplatz haben, Auflagen beim Wohnsitz zu machen, um eine Überlastung von Ballungsräumen und Städten zu vermeiden?
2. Teilt die Landesregierung die am 1. September 2017 im Interview mit der Bild-Zeitung vom Kanzlerkandidaten der SPD geäußerte Auffassung, dass eine Steuerung der Wohnsitznahme von Flüchtlingen zur Vermeidung von sozialen Spannungen notwendig ist?
3. Warum setzt die Landesregierung die Wohnsitzauflage trotz entsprechender Forderungen sowohl des Deutschen Städtetages als auch des rheinland-pfälzischen Städtetages nicht um?
4. Wie hat sich seit Jahresbeginn in den rheinland-pfälzischen Städten der Zuzug von anerkannten Asylsuchenden und Flüchtlingen entwickelt?

**12. Abgeordnete**

**Anke Simon und  
Jaqueline Rauschkolb**  
(SPD)

**„Infotool Familie“ des Bundesfamilienministeriums**

Anfang September 2017 hat das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) eine Absichtserklärung mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege vorgelegt. Dazu gehört auch, dass das „Digitale Familienministerium“ ab jetzt mit dem „Infotool Familie“ informiert. Mit dem digitalen Informationstool für Familienleistungen können sich (werdende) Eltern künftig schneller und besser über Leistungen und Unterstützungsangebote informieren. Eingebettet ist dies auch in das bereits seit 2005 existierende Serviceportal „Familien-Wegweiser.de“ des BMFSFJ, wo Familien auch Antworten auf häufig gestellte Fragen bekommen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung diese Angebote im Hinblick auf die Familien in Rheinland-Pfalz?
2. Welche weiteren Informationsangebote insbesondere in digitaler Form gibt es für Familien in Rheinland-Pfalz?

**13. Abgeordneter**  
**Martin Louis Schmidt**  
**(AfD)**

**Russlanddeutsche in Rheinland-Pfalz**

Wie der Spiegel am 9. September 2017 berichtet, empfinden viele Russlanddeutsche, „dass die eigenen konservativen Werte in Deutschland nicht mehr gefragt seien, die traditionelle Familie, die Verankerung im christlichen Glauben, die Pflege von überliefertem Brauchtum“. Auch in Rheinland-Pfalz haben sich größere Gruppen von russlanddeutschen Aussiedlern speziell in den ländlichen Räumen von Hunsrück und Eifel, aber auch in Städten wie Germersheim niedergelassen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele russlanddeutsche Aussiedler waren zum 1. Januar 2017 in Rheinland-Pfalz registriert und wo liegen ihre geografischen Niederlassungsschwerpunkte?
2. Wie hat sich die Zahl der Angehörigen dieser Gruppe seit 1990 bis heute verändert (bitte jährliche Angaben)?
3. Welche spezifisch russlanddeutschen Organisationen, Vereine, Druck- und Digital-Medien sowie Institutionen gibt es aktuell auf dem Gebiet von Rheinland-Pfalz (bitte namentlich auflisten)?
4. Wie viele der am 1. Januar dieses Jahres in Rheinland-Pfalz lebenden Russlanddeutschen besitzen den Status „Spätaussiedler“, sind also erst nach dem 1. Januar 1993 in die Bundesrepublik Deutschland gekommen?

**14. Abgeordnete**  
**Anke Beilstein und**  
**Simone Huth-Haage**  
**(CDU)**

**Bedeutung der Orthografie in der Grundschule**

Einer Studie von Prof. Wolfgang Steinig zufolge spielt die richtige Orthografie in den ersten beiden Schuljahren in 60 Prozent der Grundschulen eine untergeordnete Rolle. Rheinland-Pfalz erreiche im zweiten Halbjahr der zweiten Klasse den zweitschlechtesten Wert bundesweit. In rund 42 Prozent des Schreibunterrichts werde kein Wert auf richtige Schreibweise gelegt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Schlüsse zieht die Landesregierung aus der Studie von Prof. Steinig?
2. Befürwortet die Landesregierung die Möglichkeit, im Deutschunterricht gerade in den ersten beiden Jahren phasenweise der korrekten Rechtschreibung einen untergeordneten Stellenwert beizumessen?
3. Plant die Landesregierung eine Änderung im Rahmenplan Deutsch der Grundschule, um an dieser Stelle für mehr Klarheit zu sorgen?

**15. Abgeordnete**  
**Benedikt Oster und**  
**Dr. Denis Alt (SPD)**

**Fehlerhafte Abrechnungssysteme in Zusammenhang mit der Lkw-Maut**

Medienberichten vom 11. September 2017 ist zu entnehmen, dass dem Bundesverkehrsministerium bei der Abrechnung im Zusammenhang mit der Lkw-Maut eine Panne unterlaufen ist. Diese koste den Steuerzahler bereits zweistellige Millionenbeträge, da das Abrechnungssystem nicht korrekt zwischen den verschiedenen Kategorien der Fahrzeuge unterscheiden kann und die privaten Autobahnbetreiber somit zu hohe Zahlungen aus den Mauteinnahmen erhalten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen haben die Abrechnungsspanne bei der Lkw-Maut und die damit einhergehenden Mindereinnahmen auf Bundesinvestitionen in Infrastrukturprojekte in Rheinland-Pfalz?
2. Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund dieser Auswirkungen die Probleme mit dem Abrechnungssystem mit Hinblick auf eine neu einzuführende Pkw-Maut?
3. Sind der Landesregierung weitere Probleme mit dem Abrechnungssystem für die Lkw-Maut bekannt?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Abrechnungsspanne im Hinblick auf die Ausgestaltung von öffentlich-privaten Partnerschaften für den Betrieb von Autobahnabschnitten?

**16. Abgeordnete**

**Christian Baldauf und  
Gabriele Wieland (CDU)**

**Digitales Renteninformationssystem**

Wie der Presse zu entnehmen war (Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 18. September 2017), haben sich der Wirtschaftsrat sowie der Kanzleramtschef, Peter Altmaier, für ein digitales Renteninformationssystem, das den Versicherten einen Gesamtüberblick über ihre Rentenansprüche verschafft, ausgesprochen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit sieht die Landesregierung die Möglichkeiten, durch die Einführung eines digitalen Renteninformationssystems Versorgungsansprüche aus gesetzlicher Rente, Betriebsrente und privater Vorsorge sicher und transparent zusammenzufassen?
2. Hat die Landesregierung eigene Initiativen geplant, um die Rentenversorgungsstände der Bürger transparenter als bisher darzustellen?
3. Inwieweit sieht die Landesregierung das Potenzial, durch eine transparente Aufdeckung eventueller Versorgungslücken ein Bewusstsein beim Bürger dafür zu schaffen, sich verstärkt mit dem Thema der Altersversorgung auseinanderzusetzen?

